

TOP 3.7.2 Teilung der D-Ö-Strompreiszone immer wahrscheinlicher

1. Beschreibung der Problematik

Bereits seit 2001 haben Deutschland und Österreich (sowie Luxemburg) eine gemeinsame Strompreiszone. Damit gibt es keinerlei Handelsbeschränkungen an den Grenzen und somit innerhalb dieser gemeinsamen Preiszone einen einheitlichen Strompreis. Die bindende Entscheidung der europäischen Regulatoren (ACER) vom 17. November 2016 sieht nun eine Trennung der Preiszone an der österreichischen Grenze ab Mitte 2017/Anfang 2018 vor. Das würde bedeuten, dass eine Mengenbeschränkung an der Grenze den Grenzfluss reduziert, jedoch nicht ganz blockiert. Argumentiert wird die ACER-Entscheidung mit einem scheinbaren Netz-Engpass an der Grenze. Dieser Engpass befindet sich de facto aber nicht dort, sondern innerhalb von Deutschland. Der tatsächliche Hintergrund ist daher wohl in erster Linie auf eine innenpolitische Frage Deutschlands zurückzuführen.

2. Auswirkungen

- **Private Haushalte:**
Eine Beschränkung des Grenzflusses würde höhere Großhandelspreise und damit auch höhere EndverbraucherInnenpreise bedeuten. So beobachten wir in unseren viermal jährlich durchgeführten Preisanalysen, dass Preiserhöhungen am Großhandelsmarkt rasch an die privaten Haushalte weitergegeben werden, während Preissenkungen nur stark zeitverzögert und in der Regel nicht in vollem Ausmaß weitergegeben werden. Gedämpft würde dieser Preiseffekt jedoch durch geringere Förderkosten für Erneuerbare Energie.
- **Wirtschaftliche Auswirkungen:**
Neben den privaten Haushalten müssten auch Industrie- und Gewerbebetriebe mit höheren Preisen rechnen. Die Auswirkungen auf die Energiewirtschaft sind hingegen unterschiedlich: Der Handel und die Pumpspeicherkraftwerke profitieren von den geringen beziehungsweise volatilen Preisen. Für Laufwasser- und kalorische Kraftwerke wäre hingegen ein höherer Großhandelsstrompreis von Vorteil. Die Beschränkung des Grenzflusses bedeutet jedenfalls, dass vorhandene Erzeugungskapazitäten nicht mehr so effizient wie bisher genutzt werden könnten.
- **Widerspruch zum EU-Binnenmarkt:**
Die geplante Kapazitätsbeschränkung widerspricht dem europäischen Gedanken eines Binnenmarktes. Gerade im Energiebereich hat die EU-Kommission hier den verstärkten grenzüberschreitenden Handel zum zentralen Ziel erklärt. DE-AT ist die einzige „engpassfreie“ Grenze in Europa. Wir sind damit ein Vorreiter.

3. Stand der Verhandlungen

Eine „Allianz“ aus WKO, Industriellenvereinigung, Oesterreichs Energie, EXXA (Strombörse), Voestalpine und VERBUND versucht schon seit einiger Zeit die Teilung der Preiszone zu verhindern. Obwohl die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht eindeutig sind, haben auch wir uns gegen eine Teilung der Preiszone ausgesprochen. Die Austrian Power Grid (Übertragungsnetzbetreiber, Tochter der Verbund AG) und die Vorarlberger Übertragungsnetze haben nun eine Beschwerde an den

Beschwerdeausschuss von ACER gerichtet. Die BAK hat sich, wie die meisten „Allianzmitglieder“ als Streithelfer an dem Verfahren beteiligt. Die Erfolgsaussichten dieser und eventuell noch folgender rechtlicher Klagen sind jedoch gering. Nicht zuletzt deshalb strebt die „Allianz“ auf politischer Ebene eine Kompromisslösung an. Diese soll dazu beitragen, den Engpass an der Grenze möglichst großzügig (also geringe Beschränkung) auszugestalten. Dabei steht unter anderem im Raum, dass Österreich einen großen Teil der Kosten für Ausgleichsenergie, die Deutschland benötigt und aus Österreich abrufen, übernimmt. Die BAK hat deshalb bereits in einem Brief an den Bundeskanzler sowie an den Vizekanzler, deutlich gemacht, dass eine etwaige Kompromisslösung nicht einseitig auf Kosten der privaten Haushalte erfolgen darf.

4. Position/Forderung der AK

Im Vordergrund unserer Beteiligung an der „Allianz“ steht vor allem die symbolische Unterstützung. Den erwähnten Akteuren signalisieren wir so unsere Unterstützung. Gleichzeitig stellen wir damit sicher, dass wir weiterhin in die Diskussion eingebunden werden und auch die politischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich verfolgen und gegebenenfalls beeinflussen können. Das ist aus unserer Sicht von Bedeutung, da wir nur so sicherstellen können, dass eine etwaige politische Kompromisslösung nicht einseitig auf Kosten der privaten Haushalte erfolgt.